



Mac Baren's GOLDEN BLEND

Höchste Zeit sogar, daß Sie diesen **READY RUBBED** ausprobieren:
Vollreif, mild-duftend — für moderne Raucher komponiert. Die Lieblingsmarke vieler, die dem Neuen aufgeschlossen sind: **GOLDEN BLEND** — international beliebt wie alle

Mac Baren's Tobaccos

In jedem guten Fachgeschäft

Alleinimporteur
Joh. Wilh. von Eicken · Hamburg

an, „daß es mein Vorschlag nicht ist, an der Tatsache einer betrieblichen Hierarchie zu rütteln“. Zudem ließ der „Wanderer zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ („Süddeutsche Zeitung“) seine Mitarbeiter wissen, daß sein Modell nur funktionieren könne, wenn „hart gearbeitet und gute Geschäftsergebnisse erzielt werden“.

Der Vorstoß des Nürnberger Handelsherrn löste bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vorerst tiefe Ratlosigkeit aus. Heinz Adam von der HBV-Bezirksverwaltung Nürnberg-Fürth will erst einmal vom Hauptvorstand in Düsseldorf Rat einholen, wie das Porst-Modell zu beurteilen sei. Adam: „Wir sind uns nämlich noch nicht darüber einig, ob das alles ernst gemeint ist.“

ZENSUREN

Kleiner Grenzverkehr

Deutschlands Gymnasialdirektoren nennen es „verfassungswidrig“, daß in den Bundesländern unterschiedliche Versetzungsordnungen gelten.

Lehrer und Schüler des Gymnasiums Lin Singen am Bodensee waren sich einig: Der Oberprimaner Wolfgang Brosch, 19, habe eine glänzende Karriere als Chemiker vor sich. Seine Noten in Chemie, Physik, Biologie und Mathematik waren überdurchschnittlich gut.

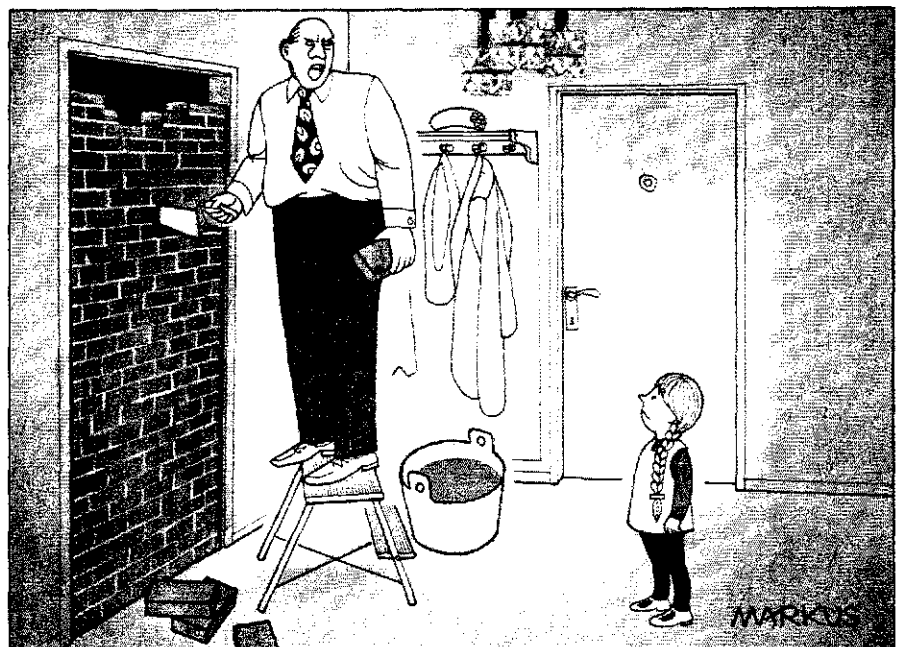
Gleichwohl durfte Wolfgang Brosch nicht studieren: Mit einer Sechs in Latein war er im Februar dieses Jahres durchs Abitur gefallen. Mit Eingaben versuchten nun die Lehrer und die Mutter des Latein-Versagers, das Ober-

schulamt in Freiburg und das Kultusministerium in Stuttgart zu bewegen, dem Chemie-Talent ausnahmsweise das Zeugnis der Hochschulreife auszustellen. Doch diese Bitte wurde mit dem Hinweis auf die baden-württembergische Versetzungsordnung abgelehnt. Als dieser Bescheid Mitte Oktober kam, vergifteten sich Wolfgang Brosch und seine verwitwete Mutter Emma, 57, mit Zyankali.

So sinnlos wie dieser Suizid, so unverständlich ist auch die Unnachgiebigkeit baden-württembergischer Schulbürokraten. Beide Reaktionen sind Folgen des bundesdeutschen Kulturföderalismus. Wäre Wolfgang Brosch in Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen oder Rheinland-Pfalz zur Schule gegangen, hätte er trotz seiner Latein-Zensur das Abitur bestanden.

Außer in Baden-Württemberg zählt eine Sechs nur noch in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg und im Saarland als sogenannte Sperrnote, die eine Versetzung auch bei sonst guten Leistungen unmöglich macht.

Seit Preußen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts das noch heute gültige Jahrgangsklassensystem einführt, richtet sich auch die alljährliche Alternative von Versetzung und Sitzenbleiben nach dem im Zeugnis bescheinigten Leistungsstand. Und obwohl so renommierte Pädagogen wie der Landauer Erziehungswissenschaftler Karlheinz Ingenkamp nachgewiesen haben, daß Zensuren keine objektive und vergleichbare Aussage über die Leistungen von Schülern darstellen (SPIEGEL 18/1971), betätigen sich Schulen nach wie vor aufgrund von Zeugnissen als „bürokratische Zuteilungsapparatur von Lebenschancen“ (so der Soziologe



Aus dem STERN
„Was soll die dumme Frage — du weißt doch, daß Rüdiger wegen der 6 in Erdkunde Stubenarrest bekommen hat!“

Helmut Schelsky). Alljährlich erfahren etwa 180 000 von 1,8 Millionen Real- schülern und Gymnasiasten, daß sie das Klassenziel nicht erreicht haben.

Bilden schon die Zensuren keinen objektiven Maßstab, so verringert sich die Chancengleichheit der Pennäler noch durch die unterschiedlichen Wertungen der Zeugnissnoten in den Bundesländern.

Zumindest dieses Übel wollen nun Deutschlands Gymnasialdirektoren beseitigen. Die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren, ein im März dieses Jahres gegründeter Dachverband der Gymnasial- und Gesamtschulleiter, forderte von den Länder-Kultuschefs „die Herstellung der Rechtsgleichheit im Bereich der Versetzungsordnungen“.

Neben der nur in einigen Bundesländern geltenden Sperrnote Sechs nannten die Schulleiter noch weitere Indizien für die derzeit an deutschen Schulen herrschende Rechts- und Chancenungleichheit. Sie bemängelten, daß

- ▷ Schüler in neun Bundesländern bereits bei zwei Fünfen im Zeugnis sitzenbleiben, in Rheinland-Pfalz und Bremen hingegen erst dreimal „mangelhaft“ die Wiederholung einer Klasse bedeutet;
- ▷ Schüler beispielsweise in Berlin die Note „mangelhaft“ ausgleichen können durch gute Zensuren in gleichwertigen Fächern, wohingegen die Versetzungsordnungen anderer Bundesländer wie Niedersachsen und Hessen einen Notenausgleich überhaupt nicht vorsehen;
- ▷ eine Versetzung für ein halbes Jahr auf Probe wegen Krankheit oder Umzugs nur in Baden-Württemberg und Bayern möglich, in den übrigen Bundesländern aber untersagt ist;
- ▷ Sitzbleiber in Bayern, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nachversetzt werden können, wenn sie den fehlenden Wissensstoff in den Ferien nachholen und eine Extraprüfung ablegen, Schüler der übrigen sechs Bundesländer diese Möglichkeit einer Leistungskorrektur dagegen nicht haben.

Dieser Versetzungswirrwarr, so argumentieren die vereinigten Oberschulvorsteher, verstoße gegen das Grundgesetz, weil „wesentlich Gleiches ungleich behandelt“ werde.

Dr. Wolfgang Bethge, 49, erster Vorsitzender der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren und Leiter des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Berlin-Spandau, schätzt, daß alljährlich aus jedem Bundesland etwa hundert Schüler nur deshalb in ein anderes abwandern, weil sie sich dort günstigere Bedingungen fürs Abitur erhoffen.

Besonders eifrig betreiben Baden-Württembergs Gymnasiasten den kleinen schulischen Grenzverkehr. Schwache Schüler und Sitzbleiber von Aschaffener Oberschulen beispiels-

weise versuchen ihr Glück im 20 Kilometer entfernten hessischen Hanau.

Die Erfolge der Pendel-Pennäler blieben dem Direktor des Friedrich-Des-sauer-Gymnasiums in Aschaffenburg, Dr. Alfred Englmann, nicht verborgen: „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß schlechte Schüler in Hessen manchmal sogar Spitzennoten erhalten.“

FDP

Großer Traum

Autoritären Führungsstil und mißratene Personalpolitik werfen rheinland-pfälzische Freidemokraten ihrem Parteivorsitzenden Hermann Eicher vor.

Mal rügt er Vorstandskollegen mit den Worten „Halt's Maul!“, mal spielt er — so Parteifreund Helmut Schäfer — „den gekränkten, gebrochenen Mann“.

Seit Hermann Eicher, 60, ehemaliger Mainzer Finanzminister, der rheinland-pfälzischen FDP als Landesvorsitzender



Rheinland-pfälzischer FDP-Vorsitzender Eicher*: Zuflucht im Pathos

dient, hat er Schwierigkeiten, sich und die Partei in der Balance zu halten. Und letzte Woche gerieten beide aus dem Gleichgewicht.

Richter in roten Roben — das Wahlprüfungsgericht beim Landtag in Rheinland-Pfalz — wiesen eine Anfechtungsklage der FDP zur letzten Landtagswahl als unbegründet ab; Rebellen aus der linken Parteiecke tadelten öffentlich Eichers „autoritären Führungsstil“.

Wie immer, wenn es ihn trifft, suchte der Altliberale Zuflucht im Pathos: „Meine Heimat ist und bleibt die FDP — sollte sie kaputtgehen, dann habe ich meine Heimat verloren.“

Freilich: Der empfindsame Heimatkämpfer Eicher, der Politik „mit dem

Herzblut“ betreibt, fast immer beleidigt ist und von sich selber meistens in der dritten Person spricht, operiert bei der Selbstverstümmelung der Mainzer Liberalen in der vordersten Linie.

Einerseits verprellte er konservative Anhänger mit einem Votum für die Politik der sozialliberalen Koalition in Bonn, andererseits schockte er Partei-Linke mit Bekenntnissen zum christdemokratischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl und einer Koalitionsehe mit der Landes-CDU. Vor allem aber irritiert er das Parteivolk mit sonderbaren Suchaktionen nach seinem Nachfolger.

Erst war es der Bundestagsabgeordnete Ludwig Hamm aus Kaiserslautern, den Eicher zum Kronprinzen erkor und als Staatssekretär ins Mainzer Wirtschaftsministerium holte. Nach 13 Monaten Landesdienst wurde Hamm 1967 nach einer FDP-Wahlniederlage in den Wartestand versetzt. Seither geht er mit einer Staatspension von (derzeit) 4607 Mark spazieren. Als er 1969 ins Landwirtschaftsministerium wechseln sollte,

trat Hamm aus der FDP aus; letzte Woche wurde er CDU-Mitglied.

Enttäuscht von dieser Mißwahl, tat sich Eicher, damals noch Finanzminister des CDU-Regenten Kohl, aufs neue um: FDP-Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs wurde zum Staatssekretär im Mainzer Landwirtschaftsministerium ernannt und bald darauf zu einem der beiden stellvertretenden FDP-Landesvorsitzenden gewählt. Eicher freute sich: „Das ist mein Nachfolger.“

Doch als der FDP-Hauptausschuß im März nach verlorener Landtagswahl mit 41 zu 34 Stimmen den Austritt aus dem zwanzigjährigen Koalitionsbündnis mit der CDU beschloß, mochte Friderichs nicht auf den Posten verzichten

* Beim Landtagswahlkampf im Frühjahr 1971.